

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Rainer Brüderle, Paul K. Friedhoff,  
Dr. Günter Rexrodt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.  
– Drucksache 14/5334 –**

### **Für ein effizientes und transparentes Ausführungsgewährleistungssystem**

#### **A. Problem**

Erhalt und Ausbau des Vertrauens in die Ausführungsgewährleistungspolitik des Bundes.

Sicherung einer unbürokratischen und effizienten Handhabung des deutschen Systems der Ausführungsgewährleistungen, damit sich deutsche Unternehmen mit ihren innovativen Produkten und hohen technischen Standards auch in Zukunft auf den Weltmärkten durchsetzen können.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrages mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.**

#### **C. Alternativen**

Keine

#### **D. Kosten der öffentlichen Haushalte**

Keine

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag – Drucksache 14/5334 – abzulehnen.

Berlin, den 30. Mai 2001

### **Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**

**Matthias Wissmann**  
Vorsitzender

**Erich G. Fritz**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Erich G. Fritz

### I.

Der Antrag der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/5334 – wurde in der 165. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. April 2001 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe sowie an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

### II.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage in seiner 67. Sitzung am 16. Mai 2001 beraten und mehrheitlich beschlossen, dem federführenden Ausschuss die Ablehnung des Antrages zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gefasst.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 73. Sitzung am 16. Mai 2001 beraten und mehrheitlich beschlossen, dem federführenden Ausschuss die Ablehnung des Antrages zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gefasst.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe** hat die Vorlage in seiner 61. Sitzung am 16. Mai 2001 beraten und mehrheitlich empfohlen, den Antrag abzulehnen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU und bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion der PDS gefasst.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 16. Mai 2001 beraten und mehrheitlich empfohlen, den Antrag abzu-

lehnen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU gefasst.

### III.

Nach Auffassung der antragstellenden Fraktion erfüllen die Ausfuhrleistungsgewährleistungen des Bundes auf den Weltmärkten eine wichtige Funktion bei der Erschließung besonders dynamischer, aber auch risikoreicher Märkte in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Besonders mittelständische Unternehmen suchen bei ihren Exportgeschäften häufig die Unterstützung durch Hermes-Deckungen. Vor diesem Hintergrund soll das deutsche System der Ausfuhrleistungsgewährleistungen auch zukünftig als flexibles und effizientes Instrument der Exportförderung weiterentwickelt werden. Wenn im Rahmen der OECD gemeinsame Umweltleitlinien für Ausfuhrleistungsgewährleistungen entwickelt werden, müssen diese insbesondere gewährleisten, dass es nicht zu Wettbewerbsverzerrungen zwischen den OECD-Exportkreditversicherern kommt. Der vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie entwickelte Hermes-Umweltleitfaden wird hinsichtlich der in diesem vor gesehenen Schwellenwert für das Screening-Verfahren als hinreichend angesehen. Eine Ausschlussliste für Hermes-Bürgschaften wird abgelehnt.

### IV.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/5334 – in seiner 54. Sitzung am 30. Mai 2001 abschließend beraten.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gefasst.

Berlin, den 30. Mai 2001

**Erich G. Fritz**  
Berichtersteller

